

Vortrag von Helmut Dachale am 01.09.24 im Quartierszentrum Bremen-Huckelriede

Thema: Die ersten Jahre nach der faschistischen Machtergreifung, als in Deutschland ein gigantischer Militärapparat aufgebaut wurde und gleichzeitig der Terror nach innen begann. Wie haben Reichswehr / Wehrmacht und der NS-Staat dabei zusammengewirkt, was hat das für Bremen bedeutet?

Ich beginne nicht mit dem 30. Januar 33, sondern mit einem Ereignis, das vier Tage später stattfand. Zusammenkunft einiger altgedienter Soldaten in einer Berliner Dienstwohnung. Ja, so könnte man es darstellen, wenn es sich nicht um die Spitzen der Reichswehr gehandelt hätte und wenn es nicht einen Ehrengast gegeben hätte, der Adolf Hitler hieß. Anwesend waren unter anderem die Chefs der Heeresleitung, Marineleitung und des Truppenamtes. Und natürlich auch der gerade frisch gekürte Reichswehrminister Werner von Blomberg.

Ein wirklich hochkarätig besetztes Abendmahl, das an diesem 03. Februar 1933 stattfand – nur ganze vier Tage nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Der Mann hatte es verdammt eilig gehabt. Zum Vergleich das legendäre Treffen mit den Führungskräften der deutschen Wirtschaft, das passierte erst sechs Wochen später. Allerdings muss man dazu bemerken: Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Führungselite und der deutschen Wirtschaft waren zu diesem Zeitpunkt schon ziemlich ausgereift. Den Militärs hingegen war noch unklar, welche Rolle sie im neuen NS-Staat spielen sollten. Was war zum Beispiel mit den zahlenmäßig stärkeren SA-Truppen? War das die neue Miliz, und damit weiterhin eine große Konkurrenz?

Da gab es also noch Redebedarf, und so redete an diesem Abend eigentlich nur einer, Hitler. Etwa zweieinhalb Stunden lang – und er hat nichts ausgelassen. Er verdammt Marxismus und Demokratie, Demokratie und Militär, das ginge gar nicht. Das gleiche gelte für die Wirtschaft, und er würde nun dafür sorgen, dass auch der neue deutsche Staat vom „Krebsschaden der Demokratie“ befreit sein würde.

Und auch völlige Offenheit in puncto Außenpolitik bzw. militärischer Planung, was ja im nationalsozialistischem Weltbild aufs Gleiche hinauslief. Ich zitiere aus einer rekonstruierten Fassung seiner Rede: „Ich setze mir die Frist von sechs bis acht Jahren, um den Marxismus vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein, eine aktive Außenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden. Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein. Doch eine Germanisierung der Bevölkerung des eroberten Landes ist nicht möglich. Man kann nur Boden germanisieren.“

Es hat natürlich in den folgenden Jahren – bis Kriegsbeginn, danach sowieso – noch weitere solcher Treffen gegeben, noch weitere für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Dokumente dieser Art sind verfasst worden. Ich erinnere nur an Hitlers Geheimdenkschrift zum Vierjahresplan, August 1936, die mit den berüchtigten Worten endete: „Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein“. Auch in diesem Pamphlet heißt das oberste Ziel: „Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes.“ Und wenn man sich diese ganze Kette aus den ersten Jahren anguckt, dann lässt sich schon feststellen: Im Grunde war das, was Hitler am 03. Februar 1933 präsentierte, bereits das gültige Konzept, das ab 1939 dann umgesetzt wurde. Das Konzept für einen Angriffs- und Eroberungskrieg, der dazu geführt hat, dass ganze Bevölkerungen vertrieben und vernichtet worden sind.

Tja, da saß nun die Generalität und vernahm: Der noch gültige Versailler Friedensvertrag – übrigens einer der besten Verträge, die Deutschland je unterschrieben hat –, weg damit. Stattdessen imperialistischer Angriffsangriff. Wie hat die Generalität darauf reagiert? Freundlich, würde ich sagen. Wir wissen ja einiges über die politische Verfasstheit, man könnte auch sagen über den Geisteszustand der damaligen Militärführung. Und so kann man davon ausgehen, die Tiraden Hitlers sind hingenommen, sind abgenickt worden. Dass deutsche Truppen demnächst mal wieder einen Krieg zu führen haben, das war nach ihrem militärischen Verständnis nichts Neues. So what, hätten sie gesagt, wenn sie Englisch gesprochen hätten. Nein, nein, gegen Krieg waren sie keinesfalls, nur – wie sich später zeigte – das Risiko, ihn zu verlieren, das sollte doch bitte nicht zu groß sein. Klar, die meisten der Soldaten, ob Reservist oder aktiv, ob General oder Gefreiter, waren zu der Zeit nicht Mitglied der NSDAP, aber eine halbe Million dieser Männer war damals im Stahlhelm, Bund der

Frontsoldaten organisiert. Eine überaus starke paramilitärische Vereinigung, der DNVP, der Deutschnationalen Volkspartei nahestehend, antidemokratisch, antisemitisch und revanchistisch eingestellt. Da gab es beispielsweise 1928 eine Kundgebung des Stahlhelms, auf der die „Fürstenwalder Hassbotschaft“ verkündet wurde, in der es unter anderem heißt: „Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der erlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen deutschen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder frei zu machen...“ Uns so weiter und fort.

Also, gen Osten ziehen, Länder fürs deutsche Volk erobern – das war damals eine gängige und weit verbreitete Parole. Diese imperialistische Grundhaltung, Grenzen negieren, sich mit Gewalt das holen, was dem eigenen Volk angeblich schon mal gehört hat und das es jetzt unbedingt brauchen würde, das war schon in der Weimarer Republik Gemeingut sowohl der militärischen als überhaupt der völkisch und konservativ ausgerichteten Eliten.

Wäre demnach ein Wunder gewesen, wenn am 03. Februar einer der Teilnehmer aufgestanden wäre und gesagt hätte: Herr Reichskanzler, so nicht! Nein, alle oder zumindest fast alle der Anwesenden waren von den aufgezeigten Perspektiven durchaus angetan. Es waren schließlich auch Verheißungen für jeden, der dem Militärapparat angehörte und in ihm Karriere machen wollte. Mehr Rekruten, mehr Kasernen, beste Beförderungsaussichten, neue und bessere Waffen – also unterm Strich: Das Militär sollte wieder zu einer anerkannten und machtvollen Säule des Staates werden, zudem sollte es eine Organisation bleiben, in der die SA nichts zu sagen hat.

Ja, und so ist es ja auch gekommen: Ich greife jetzt etwas voraus und illustriere das mit einigen Zahlen, die den Zeitraum von 1933 bis 1938/39 umfassen:

Die Zahl der aktiven Soldaten stieg von gut 100.000 um das Siebenfache bis Zehnfache, da gibt es unterschiedliche Zahlen, aber der Hauptgrund ist klar: Bruch des Versailler Vertrages durch Wiedereinführung der Wehrpflicht März 1935. Reservisten gab es 1933 offiziell gar keine, 1939 waren es bereits mehr als eine Million. Auch die Zahlen der Offiziere erhöhten sich logischerweise sehr schnell, bis 39 hatte sich die der aktiven Offiziere nahezu verfünffacht. Wie gesagt: Hervorragende Aufstiegschancen in Zeiten der Aufrüstung. Und neue Möglichkeiten, den persönlichen Wohlstand zu mehren. Damit

meine ich nicht zuletzt die sogenannten Hitler-Dotationen, die bald über viele Militärs niedergingen: üppige steuerfreie Geschenke, auch an Gefolgsleute aus der Partei, auch an Künstler – aber die größte Gruppe unter den Empfängern waren hohe Offiziere der Wehrmacht. Mal gab es Bares, ein paar Hunderttausend Reichsmark und / oder ein Landgut oder ein Schlösschen. Das waren Maßnahmen zur Korruption der militärischen Elite, die sich das sehr, sehr gern gefallen ließ. Man könnte auch sagen: ein Bonus-System nach Faschistenart. Für etliche aus der militärischen Chefetage sollte das Kriegshandwerk alsbald wieder goldenen Boden haben.

Die Zahlen zu den Militärbauten sind in der Broschüre [gemeint: „Aufrüstung in Huckelriede 1933 – 1936“] enthalten: Nach einer Dokumentation des Bundesministeriums der Verteidigung ließ die Heeresbauverwaltung von 1934 bis 1938 reichsweit 532 Kasernenanlagen errichten, nicht mitgezählt die vielen anderen Bauten wie Offiziersheime, Lazarette, Wehrmachtsämter, Munitionslager oder wehrmachtseigene Betriebe. Ein Bauboom sondergleichen.

Mehr Soldaten, mehr Kasernen, neue Panzer, Flugzeuge und Kriegsschiffe, das kostete – Milliarden! 26 Milliarden Reichsmark sollen es 1939 gewesen sein, verglichen mit 1933 war der Militäretat damit explodiert, ja, schön wär's gewesen, nein, der Militäretat hatte sich in diesen sechs Jahren nahezu vervierzigfacht. Auch hier gibt es unterschiedliche Zahlen, das liegt daran, dass es auch damals schon versteckte Ausgaben gegeben hat und nicht nur das Reich Rüstungsmilliarden verschleuderte. Auch Kommunen und Länder wurden zur Kasse gebeten. Auch Bremen.

Das zeigt sich auch an den Verträgen zum Bau der Kasernen in Huckelriede, sie wurden von den Vertragspartnern – dem Staat Bremen und der Heeresverwaltung des Reichs – im Mai und Juni 1934 unterzeichnet. Das Datum ist insofern wichtig, weil zu diesem Zeitpunkt die Reichswehrführung und die faschistische Regierung bereits Arm in Arm marschierten. Und in der ersten Reihe durfte der schon erwähnte Werner von Blomberg, Reichswehrminister, mitmarschieren. Später durfte er sich dann noch für kurze Zeit Reichskriegsminister nennen, aber in in dieser Zeit, 1934, funktionierte er hauptsächlich als Aufrüstungsminister. Er war derjenige, der alles in Bewegung setzte, damit dieser Krieg überhaupt geführt werden konnte. Ein Militär durch und durch, der gewohnt war zu befehlen, aber auch Befehle auszuführen. Hans Mommsen, der Historiker, urteilt über von Blomberg, er habe schon bald nach seiner Ernennung gezeigt, dass er „zur

bedingungslosen Unterstützung Hitlers entschlossen war". Und damit war er typisch für das Denken und Verhalten der führenden Militärs nach 1933. Einerseits ein eindeutiges Bekenntnis zu Hitler, zum NS-Staat und somit zu den Kriegsvorbereitungen, andererseits schon wieder ein stark gewachsenes Statusbewusstsein. Man war wieder wer, war gefragt, und sah sich auf dem besten Weg, tatsächlich eine machtvolle Säule in diesem Staat zu werden. Und das spiegelt sich auch in den Bremer Verträgen von 1934 wieder. Man könnte aus heutiger Sicht auch sagen: Die Bremer Vertragspartner wurden mal kurz und militärisch straff über den Tisch gezogen.

Bremen verpflichtete sich, große Areale unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, unter anderem auch ein 120 Hektar großes Gelände außerhalb der Stadt, das Bremen kaufen oder mieten sollte, um es dem Reich als militärisches Übungsgelände zur Verfügung zu stellen. Bremen hatte die Kosten für die Infrastruktur zu tragen, in der Broschüre ist das im Einzelnen dargestellt. Im Übrigen steht im ersten Vertrag: „Für Strom-, Gas- und Wasserpreise gewährt Bremen weitestgehend Vergünstigung.“ Und damit der Bremer Senat auch wirklich davon überzeugt war, dass diese militärische Invasion nur zu seinem Besten war – was er ohnehin glaubte –, hieß es in einem der Paragraphen: Alles was Bremen aufzuwenden habe, sei zu betrachten „als Entgelt für die ihr und ihrer Bürgerschaft aus der Garnisonsbelegung erwachsenden Vorteile“. Vorteile?

Na ja, immerhin wurde im Nachtragsvertrag versprochen, bei der Materialbeschaffung und den Bauleistungen nach Möglichkeit Bremer Firmen zu berücksichtigen und Arbeitskräfte „in erster Linie aus dem Bremischen Staatsgebiet zu nehmen“.

Was waren das für Leute, die auf Bremer Seite mit der Reichswehr und ihrem Minister verhandelten, sofern man das überhaupt Verhandlungen nennen konnte? Es waren der Senat und sein Unterbau, dazu Verwaltungsfachleute. Der Senat bestand spätestens ab Oktober 1933 vollständig aus NSDAP-Mitgliedern, ein paar Monate zuvor, nach der reichsweiten Machtübernahme durch die Faschisten, gab es noch zwei Senatoren der DNVP, die sind dann alsbald auch zur NSDAP gewechselt. Und unter den neuen Bremer Senatoren, siehe da, befanden sich plötzlich etliche Unternehmer, Geschäftsführer oder Aufsichtsratsvorsitzende. Was die Handelskammer Bremen mit Stolz und Pathos bejubelte, nämlich als „Bekenntnis des bremischen Kaufmanns zur neuen Regierung“. Dass niemand in dieser Regierung eine demokratische Legitimation hatte, war der Handelskammer so was von egal. Mit welchen Methoden im März 1933 die NS-

Regierung hier in Bremen installiert wurde, darauf gehe ich nicht ein, dazu zu gibt umfassende Recherchen und Berichte, aber auf die Frage, wie sie zum Militär stand, zur Aufrüstung, zu der kriegerischen Veränderung von Staat, Stadt und Gesellschaft.

Es dürfte keine große Überraschung mehr sein, wenn ich sage, die politische Führung in Bremen ab März 1933 war eindeutig militärraffin, die Anerkennung des militärischen Primats war sozusagen Staatsräson. Was sich allerdings da und dort mit Eigeninteressen, etwa ökonomischer Art, gut verbinden ließ. Man war ja nicht umsonst Unternehmer. Wie man vor dem Militär buckelte, dafür ein Beispiel: Der Bremer Senat befürchtete noch Anfang 1934, Bremen würde zumindest beim Kasernenbau und der Soldatenstationierung zu kurz kommen. Man befürchtete, das sogenannte Bremer Traditionsregiment, in betagten Kasernenbauten am Neustadtswall untergebracht, würde abgezogen, neue Kasernen würden gar nicht gebaut. Und so gab es in dieser Zeit ein regelrechtes Bitten und Betteln gen Berlin, man solle doch die Garnisonsstadt Bremen erhalten bzw. sie als solche ausbauen. Theodor Laue, Innen- und Polizeisenator, einer aus der Unternehmerfraktion im Senat und der sich zudem als Militärkommissar des Senats verstand, schickte Ende April 33 ein Geheimschreiben an den Chef der Heeresleitung und zeigte damit, wie ein formvollendeter Kotau auszusehen hat. Er erklärte – im Auftrage des gesamten Senats, versteht sich – „dass Bremen alles tun wird und insbesondere auch, soweit das irgendwie tragbar ist, keine finanziellen Mittel scheuen wird, um den Wünschen der Heeresleitung in Bezug auf die Unterbringung, Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und das Wohlergehen der Offiziere und Mannschaften nachzukommen.“

Diese Art von Willfährigkeit zahlte sich aus, in Sachen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung waren die führenden Bremer Figuren alsbald bestens informiert bzw. involviert, spätestens ab Mitte 1934. Das lag natürlich auch daran, dass die Hansestadt schon früh als nationales Rüstungsproduktionszentrum auserkoren war, ich sage nur: AG Weser und andere Werften, Borgward, Focke-Wulf. Als Reichswehrminister von Blomberg Bremen im März 1934 besuchte, zusammen mit Admiral Raeder, Chef der Marineleitung, wurden nicht nur geheime Gespräche über die geplanten Kasernenneubauten geführt, es wurde auch die AG Weser in Gröpelingen besucht. Dieses besondere Interesse an Bremen stellte von Blomberg in seiner damaligen Rathausrede ein wenig verschlüsselt dar, dafür blumig und ziemlich martialisch. Er sagte, er habe die Bremer und Niedersachsen immer als „ganz vorzügliche Soldaten“ schätzen

gelernt. Und so komme er „mit großem Interesse in diese Landstriche, weil wir wehrmachtsmäßig hier die besten Kräfte, die besten Menschen herausholen können“. Ende des Jahres erschien von Blomberg schon wieder in Bremen, wieder ging's zur AG Weser. Und diesmal war sogar Hitler persönlich dabei. Man sah einem Stapellauf zu, Hitler verzichtete allerdings auf eine Rede. Die Belegschaft der Werft soll ihn nicht gerade überschwänglich empfangen haben.

Und außerdem gab es noch einen ganz besonderen Bremer Draht nach Berlin, zu Wilhelm Keitel, dem späteren Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. Also zu dem Keitel, der sich schließlich vorm Nürnberger Tribunal zu verantworten hatte, als Hauptkriegsverbrecher verurteilt und hingerichtet wurde. 1934/35 war er der Kommandant von Bremen gewesen, soll sich hier sehr wohl gefühlt haben, und als er anschließend seine Berliner Karriere im Reichskriegsministerium startete, war der Bremer Berlinbeauftragte Erich Vagts bei ihm ein gern gesehener Gast. Und der schickte dann auch sehr gern sofortige Informationen an seine Bremer Senatskollegen, protzte manchmal regelrecht mit dem, was er von Keitel vertraulich erfahren habe.

Dass nach drei Jahren NS-Diktatur der militärische Sektor immer stärker und somit die Kriegsgefahr mit jedem Tag größer wurde, das wussten damals allerdings viele, in Deutschland und auch außerhalb. Vor allem wussten die Bescheid, die schon vor Jahren davor gewarnt hatten und die versuchten, wenn es ihnen noch möglich war, weiterhin dagegen anzukämpfen. Ich möchte hier einen Mann zitieren, der sich mit Worten zur Wehr setzte und von dem man eine derartig klare und aufklärende Haltung vielleicht nicht erwartet hätte. Der Mann heißt auch Mann mit Nachnamen, Thomas Mann, Literatur-Nobelpreis 1929, 1936 ausgebürgert. Und diese Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nahm dann schnell die Uni Bonn zum Anlass, Thomas Mann auch aus ihrer Liste der Ehrendoktoren zu streichen. Vorseilender Gehorsam.

Thomas Mann antwortete dem Dekan der Bonner Uni ziemlich ausführlich, er zeigte den größeren Zusammenhang auf: Militarisierung, Kriegsvorbereitung und die Ausschaltung jedweder Opposition: „Sinn und Zweck des nationalsozialistischen Staatssystems ist einzig der und kann nur dieser sein: das deutsche Volk unter unerbittlicher Ausschaltung, Niederhaltung, Austilgung jeder störenden Gegenregung für den ‚kommenden Krieg‘ in Form zu bringen, ein grenzenlos willfähriges, von keinem kritischen Gedanken

angekränkelt, in blinde und fanatische Unwissenheit gebanntes Kriegsinstrument aus ihm zu machen.“

Ich halte dieses Zitat deshalb für so bedeutsam, weil es zum einen umreißt, dass die sich überstürzende Militarisierung verbunden war – verbunden sein musste – mit einem ungeheuren Propagandaaufwand, mit ständigen Lügen und Verdrehungen.

Zum anderen erklärte Thomas Mann dem Bonner Dekan, was mit den Menschen geschah, die es wagten, die Wahrheit auszusprechen. Sie waren einer unerbittlichen Gewalt ausgeliefert, sie mussten um ihre Freiheit, ihr Leben fürchten. Und dieser Terror nach innen, gegen alle Andersdenkende, gegen Antifaschisten und Kriegsgegner, gegen alle Menschen, denen die Nazis die Menschenwürde absprachen – dieser Terror setzte gleich nach der Machtergreifung ein und steigerte sich nach dem Reichstagsbrand und der manipulierten Reichstagswahl März 33 in ungeahnte Höhen. Das eine – Aufrüstung, Kriegsvorbereitung – bedingte das andere, nämlich die Beseitigung der Demokratie, diktatorische Gewalt. Das eine war ohne das andere nicht zu haben.

Wie sah das in Bremen aus? Wie in vielen Großstädten gab es auch hier zu Beginn des Faschismus noch eine starke Opposition, jedenfalls rein zahlenmäßig. So kam die NSDAP im November 1932, bei der letzten halbwegs demokratischen Reichstagswahl, in Bremen-Stadt lediglich auf 20,4 Prozent, die DNVP auf 17,4 Prozent. Das war keinesfalls die Mehrheit, auf SPD und KPD entfielen zusammen 48 Prozent. Auffällig allerdings die teilweise beträchtlichen Unterschiede zwischen den Wahlbezirken. Bürgerparkviertel: knapp 65 Prozent für die Rechtsradikalen. Und im Blockland, damals noch eine Bremer Landgemeinde, dort erzielten die Rechten ihr höchstes Ergebnis: NSDAP alleine 60,6 Prozent, DNVP 29 Prozent, also 90 Prozent der Wähler im Blockland sprachen sich aus für die Abschaffung der Demokratie und für Kriegsvorbereitung.

Ganz anders sah es nur ein paar Kilometer weiter aus. Gröpelingen / Oslebshausen, ebenfalls Reichstagswahl November 32: Dort kamen die Faschisten auf ganze 9 Prozent, die DNVP erhielt noch weniger. In Gröpelingen / Oslebshausen waren SPD und KPD eindeutig die stärksten der Parteien. Und im Bremer Westen fanden dann auch die letzten öffentlichen Auftritte dieser Parteien statt. Am 04. März 33, Vortag der Reichstagswahl, beteiligten sich dort 30.000 Menschen an einer Kundgebung mit Demonstrationen aus verschiedenen Stadtteilen. Aufgerufen hatte die Eiserne Front,

SPD-dominiert, aber diesmal hatten sich auch KPD-Mitglieder eingereiht. Und alle, die sich an dieser Großveranstaltung beteiligten, bewiesen auch großen Mut. Denn durch die im Februar erlassenen Notverordnungen war der Rechtsstaat bereits liquidiert. Die Grundrechte waren außer Kraft gesetzt, die KPD schon faktisch verboten, politische Gegner zum Abschuss freigegeben. Nur ein paar Tage vor dieser Kundgebung hatten SS-Leute auf Teilnehmer einer Wahlveranstaltung der Eisernen Front geschossen. Drei Männer waren getroffen worden, einer tödlich. Zum Begräbnis, Waller Friedhof, fanden sich nochmals 15.000 Menschen ein. Das war am 07. März 1933, und es sollte für lange Zeit in Bremen die letzte öffentliche Manifestation gegen Faschismus und für Freiheit sein.

In diesem Frühjahr und Sommer liefen die Verhaftungen auf Hochtouren, auch die SPD wurde jetzt verboten, weitere Parteien und demokratische Vereinigungen. Schlägertypen aus SA, SS und anfangs auch vom Stahlhelm wurden offiziell zu Hilfspolizisten ernannt. Erste Konzentrationslager wurden eingerichtet: Mißler in Bahnhofsnähe, später ein Schiff in der Ochtmum, Langlütjen II in der Außenweser, dazu auch ein Haus im Buntentorsteinweg, das der KPD gehörte und der SA als Raubgut übergeben worden war. Auch wenn es nur temporäre Einrichtungen waren, wurden dort Hunderte von Menschen nicht nur ohne Urteil und richterliche Kontrolle festgehalten, sie wurden auch demütigt, geschlagen, gefoltert. „Schutzhaft“ hieß das zynischerweise. Theodor Laue, der Bremer Militärkommissar und als Innensenator auch für die Polizei zuständig, „Polizeiherr“ nannte er sich in dieser Funktion, ließ im Juni 1933 einen Aufruf veröffentlichen. Tenor: Es könnte durchaus noch schlimmer kommen! „Letzte Warnung vor politischer Hetzarbeit!“, hieß es da. „Alle, die in Zukunft noch in solchen Umtrieben getroffen werden, werden auf lange Zeit in ein besonderes, neu eingerichtetes Konzentrationslager gebracht werden, in dem ihnen die Lust, sich noch einmal so zu betätigen, endgültig vergehen wird.“ Laue gab bekannt, dass man diese „Umtriebe“ auch als Hochverrat aburteilen könnte, und das werde dann „mit dem Tode durch Erhängen bestraft“. In der Tat sind in den folgenden Jahren – bis Kriegsende 1945 – wiederum Hunderte Bremer und Bremerinnen oder Menschen mit Bremenbezug wegen Hochverrats, „Wehrkraftzersetzung“ oder ähnlichen Anklagen zu Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilt worden. Viele starben im Zuchthaus oder im KZ, etliche unterm Fallbeil.

Und doch hat es Widerstand gegeben, eben auch bis Kriegsende 1945. Widerstand von mehr Frauen und Männern, als wir in der Schule jemals gehört haben. Es war allerdings ein leiser Widerstand, ein nahezu gewaltfreier, kein Partisanenkampf.

Der reale antifaschistische Widerstand in Bremen wurde vor 50 Jahren – 1974 – mit einer Ausstellung in der unteren Rathaushalle gewürdigt, meines Wissens die erste und letzte zu diesem Thema und in dieser Breite. Es war wohl eine sehr ehrliche Ausstellung. In der Dokumentation dazu heißt es: „ Widerstand, das war“, und ich zitiere nur einiges: „... Nachrichten hören, sammeln und weitergeben, Verbindungen aufnehmen oder herstellen, Quartiere für ‚Illegale‘ besorgen oder Mittel für die Minderung größter Not zu beschaffen.“

Dieser solidarische und gefährvolle Widerstand, wie er hier in Bremen und reichsweit existierte, darf nie vergessen werden – auch wenn er nicht in der Lage war, den Faschistenstaat zu stürzen und so den Krieg zu beenden. Und da es auch weder Georg Elser noch dem Widerstand des 20. Juli vergönnt war, Hitler in die Hölle zu schicken, musste die Befreiung von außen kommen.

Der Krieg, den die deutschen Faschisten und Militärs und große Teile der deutschen Wirtschaft mit einer riesigen Armee, einem ungeheuren Waffenarsenal, mit Lügen und Täuschungen begonnen und mit monströser Grausamkeit durchgeführt hatten – dieser Krieg konnte nur durch Krieg beendet werden.